

## N i e d e r s c h r i f t

über die Sondersitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 10.09.2015  
- Öffentlicher Teil -

---

Sitzungsraum: Ratsaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789  
Monheim am Rhein  
Beginn: 20:01 Uhr  
Ende: 21:25 Uhr

Anwesend:

### **Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Andy Eggert  
Herr Ingo Elsner  
Herr Patrick Fuest  
Frau Carina Häusler  
Frau Julia Häusler  
Herr Torsten Kinzel  
Herr Florian Klein  
Frau Janne Koch  
Herr Tim Kögler  
Herr Michael Lück  
Frau Ann-Cathrin Nellen  
Frau Brinja Noth  
Herr Steffen Pawlik  
Frau Lisa Pientak  
Herr Holger Radenbach  
Herr Lucas Risse  
Frau Bianca Rosenstetter  
Frau Kathrin Sarin  
Herr Joris Schüller  
Frau Vanessa Serve  
Frau Monika Sikora  
Herr Michael Strauss  
Frau Laura Töpfer

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Tim Brühland  
Herr Heinz-Jürgen Goldmann  
Herr Markus Gronauer  
Frau Gabriele Hackel  
Herr Michael Nagy  
Herr Peter Werner

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Werner Goller  
Frau Stefanie Rohm  
Herr Alexander Schumacher

**Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Manfred Poell

**FDP**

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

**DIE LINKE**

Frau Badi Özgültekin

**Rechnungsprüfung**

Herr Georg Mittmann

**von der Verwaltung**

Herr Andreas Apse  
Frau Sonja Baumhauer  
Herr Martin Frömmer  
Herr Friedhelm Haussels  
Herr Peter Heimann  
Frau Gisela Herforth  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Michael Lobe  
Frau Sabine Noll  
Frau Christiane Schärfke  
Herr Thomas Waters  
Herr Thomas Zitzmann

Vertretung für Frau Estelle Dageroth

**Schriftführerin**

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Hasan Ergen  
Herr Florian Große-Allermann  
Herr Benedikt Reich

**Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach

**Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Stephan Emmeler

**von der Verwaltung**

Frau Estelle Dageroth

## TAGESORDNUNG

### Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes IX/0489
3. Kenntnisnahme der Niederschrift der 8. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 24.06.2015 - öffentlicher Teil -
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Perspektive zur Fortführung der für das Land Nordrhein-Westfalen betriebenen Notunterkunft zur Erstaufnahme von Geflüchteten IX/0487  
- Die Vorlage wird nachgereicht. -
6. Mündliche Mitteilungen
- 6.1. Information über die Sanierung der Abhangdecke in der Wilhelm-Busch-Sporthalle
7. Mündliche Anfragen
- 7.1. Anfrage von Ratsherrn Nagy - CDU - Parkplatzsituation bei Veranstaltungen in der Altstadt
- 7.2. Anfrage von Ratsherrn Brühland - CDU - Lärmbeeinträchtigung im Umfeld der Flüchtlingserstunterkunft Liselott-Diem-Halle

## SITZUNGSERGEBNIS:

### Öffentliche Sitzung:

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister entschuldigt sich für die Verspätung des Sitzungsbeginns um annähernd eine Stunde. Die Beratung in der vorhergehenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses habe sich verzögert. Nach dieser Ratssondersitzung werde die unterbrochene Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses fortgesetzt.

Anschließend eröffnet er die Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass sich folgende Ratsmitglieder für diese Sitzung entschuldigt haben:

Herr Florian Große-Allermann, Herr Benedikt Reich und Herr Hasan Ergen - PE-TO-Fraktion, Herr Günter Bosbach - CDU-Fraktion

und  
Herr Stephan Emmler – Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

Anschließend gibt der Bürgermeister folgende Hinweise für die Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird um Tagesordnungspunkt 2 „Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes“, Drucksache IX/0489 erweitert.  
Die Unterlage wurde als Tischvorlage an die Plätze verteilt.

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Die Drucksache IX/0487 „Perspektive zur Fortführung der für das Land Nordrhein-Westfalen betriebenen Notunterkunft zur Erstaufnahme von Geflüchteten“ wurde am 07.09.2015 in die Postfächer verteilt.

Als Tischvorlage wurde ein gemeinsamer Antrag zur Sache zu Drucksache IX/0487 (TOP ö 5 neu) an die Plätze verteilt.

Ratsfrau Prondzinsky-Kohlmetz - FDP - erklärt, dass sie im Zusammenhang mit der Beratung bei Tagesordnungspunkt 5 einen Antrag zur Sache stellen wolle.

Der Bürgermeister erklärt, dass jedes Ratsmitglied berechtigt sei, einen Antrag zur Sache zu stellen. Er bittet die Antragstellerin diesen erst bei dem zutreffenden Tagesordnungspunkt vorzutragen.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

## **2 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes** **Vorlage: IX/0489**

Nachdem sich alle Anwesenden von ihren Plätzen erhoben haben, bittet der Bürgermeister Herrn Steffen Pawlik - PETO-Fraktion - nach vorne und verpflichtet ihn in feierlicher Form durch das Nachsprechen folgender Formel:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Monheim am Rhein erfüllen werde."

Der Bürgermeister, die Ratsmitglieder und alle Anwesenden gratulieren durch Applaus Herrn Pawlik zu seiner Verpflichtung als Ratsmitglied.

## **3 Kenntnisnahme der Niederschrift der 8. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 24.06.2015 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

## **4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

## **5 Perspektive zur Fortführung der für das Land Nordrhein-Westfalen betriebenen Notunterkunft zur Erstaufnahme von Geflüchteten - Die Vorlage wird nachgereicht. -**

## **Vorlage: IX/0487**

Eingangs erläutert der Bürgermeister eingehend die Vorlage und führt zu den Hintergründen für die Notwendigkeit der Ratssondersitzung aus. Hierdurch könne die Verwaltung wertvolle Zeit für das Vergabeverfahren gewinnen. Anschließend stellt er heraus, aus welchen Gründen man sich für die Errichtung einer eigenen Flüchtlingsaufnahmeeinrichtung entschieden habe. Aufgrund der zwischenzeitlich anders lautenden Information durch die Bezirksregierung Düsseldorf werde die Variante 1 „Vereinbarung mit dem Land Nordrhein-Westfalen, um eine Notunterkunft zu errichten und zu betreiben“ hinfällig. Die Nummer 1 des Beschlussvorschlages müsse gestrichen werden.

Würden durch das Land Nordrhein-Westfalen die provisorischen Notunterkünfte in den Kommunen geschlossen, müssten die Kommunen mit der Zuweisung weiterer Flüchtlinge rechnen. Die Menschen in den Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtungen würden derzeit auf die Flüchtlingsquote angerechnet. Um auf diese Situation vorbereitet zu sein, schlage die Verwaltung die unverzügliche Errichtung einer eigenen Wohncontaineranlage an der Bregenzer Straße vor (Nr. 2 des Beschlussvorschlages). Weiterhin sei die Unterbringung in angemieteten Wohnungen geplant.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion wendet ein, dass die Errichtung einer Containerwohnanlage zu teuer sei. Man solle dem Beispiel anderer Kommunen folgen und preiswerte Häuser bauen, die zwar zunächst teurer seien, aber zu einem späteren Zeitpunkt veräußert werden könnten.

Die Verwaltung erklärt, dass solche Siedlungen nur kurzfristig gebaut werden könnten, wenn entsprechendes Baurecht vorhanden sei. Im Fall der Stadt Monheim am Rhein träfe das nicht zu. Da an der Bregenzer Straße bereits früher eine Containeranlage stand, stünde dort für die Errichtung einer solchen Anlage kein Baurecht entgegen. Im Unterschied zu der damaligen Anlage sollen die neuen Container nur ebenerdig erbaut werden, damit nicht in zusätzlichen Brandschutz investiert werden müsse. Es sei geplant, 50 Zimmer zu errichten. Jedes Zimmer soll mit zwei bis drei Personen bewohnt werden. Zu den Wohnräumen sollen Gemeinschaftsräume und Sanitärräume gebaut werden.

Frau Prondzinsky-Kohlmetz - FDP – erklärt eingangs, dass sie die Resolution der Ratsfraktionen mittrage.

In Bezug auf die Errichtung der Wohnanlage richtet sie den dringenden Appell an die Verwaltung, den Kontakt mit den betroffenen Anliegern zu pflegen, um das Konfliktpotential einer solchen Einrichtung zu minimieren. Es müsse eine hohe Sensibilität für die Anwohner bestehen.

Der Bürgermeister erwidert, dass ein regelmäßiger Dialog geplant sei. Wie an anderen Standorten im Stadtgebiet werde man einen runden Tisch mit dem Nachbarn einberufen und für Informationen und Kontakte sorgen. Das habe sich bewährt. Es sei außerdem geplant, die Zahl der Sozialarbeiter bei den Hilfsorganisationen, die mit der Betreuung der Flüchtlinge betraut sind, auf jeweils vier Sozialarbeiterstellen zu erhöhen. Wichtiges Ziel bleibe es, die dauerhaft in Monheim lebenden Flüchtlinge gut zu betreuen und zu integrieren.

Auf eine Nachfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt der Bürgermeister, dass die jetzt geplante Variante 2 (eigene Flüchtlingsseinrichtung) nicht für Unterbringungszwecke des Landes Nordrhein-Westfalen vorgehalten werden, sondern ausschließlich eigenen Unterbringungszwecken dienen solle. Die Nutzungsdauer

könne durchaus länger als zwei Jahre sein. Ob die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes tatsächlich Ende Februar 2016 auslaufen würden, könne nicht mit Sicherheit bestätigt werden, da die Informationen noch ungenau seien.

Hinsichtlich der durch den Sprecher der SPD-Fraktion geäußerten Zweifel, dass die Stadt die erforderlichen Container in der angestrebten Zeit beschaffen könne, erklärt die Verwaltung, dass man hierzu nähere Auskünfte im nichtöffentlichen Teil machen werde.

Anschließend ergreift der Sprecher der CDU-Fraktion das Wort und stellt viele Detailfragen sowohl in Bezug auf die Wintertauglichkeit der an der Liselott-Diem-Sporthalle betriebenen Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtung als auch auf die geplante Wohnanlage in Containerbauform an der Bregenzer Straße.

Gleich zu Beginn stellt er fest, dass die Dringlichkeit nicht in gleichem Maße wie die Verwaltung sie darstelle, gesehen werde. So fehlte nach Auffassung seiner Fraktion die Auskunft, ob Alternativstandorte zur Bregenzer Straße überprüft worden seien. In diesem Zusammenhang regt er die Überprüfung der Nutzung von leerstehenden Gewerbeimmobilien an. Auch sei aus der Verwaltungsvorlage nicht ersichtlich, ob an dem geplanten Standort Bregenzer Straße notwendiges Baurecht noch bestehe.

Bezüglich der Wintertauglichkeit der Einrichtungen an der Liselott-Diem-Halle antwortet der Bürgermeister, dass dort ein Zelt mit Holzböden und Heizlüftern errichtet werden sollen, so dass diese auch im Winter genutzt werden könnten.

Hinsichtlich der von der CDU-Fraktion angesprochenen Alternativen erklärt der Bürgermeister, dass auf dem Immobilienmarkt kaum freie Flächen zu finden seien. Auch leerstehende Gewerbeimmobilien seien nicht verfügbar. Außerdem sei von einem Umbau zu Wohnzwecken sowohl aus zeitlichen als auch aus Kostengründen abzuraten. Für eine schnelle und praktikable Lösung sei die Errichtung einer Wohncontaineranlage die beste. Der ehemalige Standort an der Bregenzer Straße werde als am besten geeignet angesehen, weil dort bereits in der Vergangenheit eine Containerunterkunft gestanden habe und diese problemlos angenommen worden sei.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters erklärt die Sprecherin der PETO-Fraktion, den Beschlussvorschlag der Verwaltung eine eigene Flüchtlingsunterkunft zu errichten, zu unterstützen. Wegen der zu erwartenden Zunahme aufzunehmender Flüchtlinge, sei schnelles Handeln erforderlich. Wie bekannt sei, wolle die Verwaltung auch weiterhin die Asylsuchenden primär in Einzelwohnraum unterbringen, doch wegen des knapper werdenden Wohnraumes stoße man dort an Grenzen. Um dennoch auf den zunehmenden Zustrom von geflüchteten Menschen vorbereitet zu sein, begrüße man das vorausschauende und schnelle Agieren der Verwaltung.

Anschließend nimmt die Sprecherin Bezug auf die dieser Vorlage beigefügte Resolution aller im Rat der Stadt Monheim am Rhein vertretenden Fraktionen, mit der allen Helferinnen und Helfern, die an der Unterbringung und Versorgung der ersten Flüchtlinge beteiligt waren, gedankt werden soll. Auch soll mit dieser Resolution das besondere Engagement und der Zuspruch aus dem Monheimer Bevölkerung hervorgehoben werden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion tritt seiner Vorrednerin bei und lobt das schnelle und gut organisierte Handeln der Verwaltung im Zusammenhang mit der Flücht-

lingserstaufnahme.

Dass die beiden Einzelvertreter im Rat nicht an der Resolution beteiligt wurden, bitte er zu entschuldigen.

Dieser Entschuldigung treten die anderen Ratsfraktionen bei.

Abschließend stellt der Sprecher der CDU-Fraktion fest, dass der Verwaltungsvorlage zugestimmt werden könne. Die Verwaltung könne ggf. bis zur Aufstellung der Container im Februar 2016 nach Alternativstandorten suchen.

Sowohl der Sprecher der SPD-Fraktion als auch der Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellen heraus, dass bei dem Thema Flüchtlingsunterbringung Einigkeit herrsche. Damit werde ein deutliches Zeichen nach außen gesetzt, dass man das gleiche Ziel verfolge.

Mit der gemeinsam erarbeiteten Resolution wolle man das beeindruckende Engagement und die dankenswerte Haltung der Monheimer Bevölkerung hervorheben.

Beide erklären, der geänderten Verwaltungsvorlage zuzustimmen.

Ratsfrau Prondzinsky-Kohlmetz - FDP - stellt im Zusammenhang mit der Vorlage den Antrag\*, die Stadt Monheim am Rhein prüft und versucht auf die Landesbehörden einzuwirken, dass die Bewohner der Flüchtlingsheime und entsprechende Ausgabestellen an dem Förderprogramm zur gesunden Ernährung von Grund- und Förderschulen aktuell beliefert und beteiligt werden können. Die Stadt Monheim prüft vor allem, ob man bis zur Entscheidung durch die Landesbehörde bis dahin die Kosten einer solchen Belieferung in gleicher Form selbst übernehmen könne.

\*Der Antrag mit Begründung wird der Niederschrift beigelegt.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters, ob es sich hierbei um eine Anfrage handele, stimmt die Antragstellerin einer schriftlichen Beantwortung der Angelegenheit zu.

Der Bürgermeister berichtet zu der aktuellen Lebensmittelversorgung der Flüchtlinge. Die Belieferung erfolge durch die Bayer Gastronomie. Eine qualitative Abwertung bei der Versorgung sei nicht zu befürchten.

Der Bürgermeister stellt zunächst die gemeinsame Erklärung des Rates der Stadt Monheim zur Abstimmung und hofft, dass auch die Ratsmitglieder, die nicht an der Erarbeitung mitgewirkt hätten, sich diese zu Eigen machen.

Vor Abstimmung über die Beschlussvorlage weist der Bürgermeister auf folgende Änderungen hin:

Nr. 1 wird ersatzlos gestrichen

In Nr. 2 wird der 1. Halbsatz gestrichen. Der 1. Satz beginnt mit „Der Rat beschließt .....“. Der weitere Beschlusstext bleibt unverändert.

#### **Gemeinsame Erklärung des Rates der Stadt Monheim am Rhein:**

Mitte August forderte die Bezirksregierung die Stadt Monheim am Rhein auf, zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für 150 Flüchtlinge zu schaffen. Zusammen mit den bereits 375 hier lebenden Flüchtlingen haben nunmehr 525 Men-

schen Zuflucht in unserer Stadt gefunden. Als Mitglieder des Rates der Stadt Monheim am Rhein bekennen wir uns parteiübergreifend zu der Verpflichtung, diese Menschen mit Respekt vor ihrer Herkunft und Fluchtgeschichte, vor jeglichen Gefahren geschützt, in geeignetem Wohnraum, angemessen versorgt und ohne Vorbehalte aufzunehmen.

Wir danken allen beteiligten Mitgliedern des Deutschen Roten Kreuzes, des Technischen Hilfswerks, des Malteser Hilfsdiensts, der Freiwilligen Feuerwehr Baumberg, des Caritasverbands, des Sozialdiensts Katholischer Frauen und Männer, des Beratungszentrums sowie den Beschäftigten der Monheimer Stadtverwaltung und der Kreisverwaltung für ihren selbstlosen und entschlossenen Einsatz. Unser Dank gilt darüber hinaus allen ehrenamtlich aktiven Bürgerinnen und Bürgern, die sich außerhalb der genannten Organisationen für die Flüchtlingshilfe engagieren.

Es ist beeindruckend zu sehen, wie vielfältig und zahlreich sich das Engagement der Monheimerinnen und Monheimer darstellt. Das Recht der Geflüchteten auf Schutz und Asyl ist in unserer Stadt kein leerer Begriff, sondern hat sich in umfassender Art und Weise verwirklicht. Wir sind überzeugt, dass die Aufnahme von 525 Flüchtlingen unser Gemeinwesen mit seinen 43.000 Einwohnern nicht überfordert.

Als Rat der Stadt Monheim am Rhein treten wir dafür ein, den eingeschlagenen Weg der Solidarität mit allen hilfsbedürftigen Menschen weiter zu beschreiten. Wir sichern zu, die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen und bitten die Bürgerinnen und Bürger weiter um ihre engagierte Mitwirkung bei der Aufnahme und Integration der zu uns kommenden Menschen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

## **Beschluss**

Der Rat beschließt die unverzügliche Errichtung einer Wohncontainer-Anlage an der Bregenzer Straße zur Aufnahme von bis zu 150 Personen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz NRW und beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung und Durchführung der erforderlichen Schritte. Hierfür stimmt der Rat gemäß § 83 Abs. 1 und 2 GO NW i.V. mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 2,5 Mio. € bei der Kostenstelle 32.06.010, Sachkonto 5422000 (Mieten und Pachten) zu. Zur Deckung werden Mehrerträge und -einzahlungen bei der Kostenstelle 90.00.000, Sachkonto 4013000 (Gewerbesteuer) herangezogen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

## **6 Mündliche Mitteilungen**

### **6.1 Information über die Sanierung der Abhangdecke in der Wilhelm-Busch-Sporthalle**

Die Verwaltung teilt mit, dass wg. herabfallender Teile einer Abhangdecke in einer Bochumer Sporthalle alle städtischen Sporthallen dahingehend überprüft wurden, ob ähnliche bauliche Probleme vorliegen könnten.



Die Überprüfung hatte zur Folge, dass in der Sporthalle Wilhelm-Busch an der Friedenauer Straße erhebliche Zweifel an der Standfestigkeit der Abhangdecke bestanden. Dies sei neben der Befestigungsart auch auf die Verformungen der Deckenelemente infolge der Einwirkungen durch Feuchteschäden nach Dachundichtigkeiten aus den letzten Jahren zurückzuführen. Eine vollständige Sperrung konnte vermieden werden, indem die Abhangdecke sofort demontiert worden sei. Eine Nutzungseinschränkung sei nicht zu vermeiden gewesen, da Ballsport aufgrund der frei pendelnd hängenden Beleuchtungskörper nicht zulässig sei.

Bei allen anderen Sporthallen wären keine Auffälligkeiten festgestellt worden.

Um die Wilhelm-Busch-Sporthalle schnellstmöglich wieder uneingeschränkt zur Verfügung stellen zu können, solle die Erneuerung der Abhangdecke vorgezogen werden. Dafür werde die Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel notwendig. Eine entsprechende Verwaltungsvorlage werde in der nächsten Ratssitzung eingebracht.

## **7 Mündliche Anfragen**

### **7.1 Anfrage von Ratsherrn Nagy - CDU - Parkplatzsituation bei Veranstaltungen in der Altstadt**

Ratsherr Nagy bezieht sich auf eine Informationsveranstaltung im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Altstadt. Die Umgestaltung werde wegen der Revitalisierung der Altstadt grundsätzlich positiv betrachtet. Allerdings sei von vielen Anwohnern bemängelt worden, dass die Altstadtdanwohner bei Veranstaltungen ihre Grundstücke nicht mehr erreichen könnten, um dort zu parken.

Er fragt an, ob die Verwaltung prüfen könne, den Betroffenen bei Veranstaltungen ggf. einen Anwohnerparkausweis für den Schützenplatz auszustellen. Ansonsten solle die Verwaltung hierzu andere Lösungsvorschläge vorstellen.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Ansinnen der Bewohner durchaus berechtigt sei. Allerdings gibt er zu bedenken, dass gerade bei gut besuchten Veranstaltungen auch viele außerörtliche Besucher nach Monheim kämen. Die vorhandenen Parkplätze würden dann benötigt. Dass es sich um ein schwieriges Thema handle, sei der Verwaltung bewusst. Eine generelle Entlastung für die Altstadtbewohner sei allerdings nicht geplant.

Abschließend sagt der Bürgermeister eine eingehende Betrachtung der Parksituation zu.

### **7.2 Anfrage von Ratsherrn Brühland - CDU - Lärmbeeinträchtigung im Umfeld der Flüchtlingserstunterkunft Liselott-Diem-Halle**

Ratsherr Brühland berichtet, dass ihm bekannt geworden sei, dass sich Nachbarn der Flüchtlingsunterkunft an der Liselott-Diem-Sporthalle wegen Ruhestörung durch die Nutzer beschwert hätten. Er bittet die Verwaltung dafür Sorge zu tragen, dass Ruhestörungen unterbunden werden, um die hohe Akzeptanz bei der Aufnahme von Flüchtlingen in der Bevölkerung aufrecht zu erhalten.

Der Bürgermeister berichtet, dass er in der Bürgerinformation differenziert zu dem

Thema Lärmbelästigung geantwortet habe. Tagsüber werde das Spielen im Freien, egal ob von Kindern oder jungen Erwachsenen, nicht unterbunden. Der Schulhof dürfe auch an den Wochenenden zum Spielen genutzt werden. Allerdings habe er auch ausgeführt, dass der Sicherheitsdienst dafür Sorge trage, dass die Nachtruhe ab 22:00 Uhr eingehalten werde.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung. Er weist noch darauf hin, dass die unterbrochene Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nach Abhandlung des nichtöffentlichen Teils der Ratssondersitzung fortgesetzt werde. Dazu lädt er die Bürgerinnen und Bürger herzlich ein. Ansonsten bedankt er sich bei den noch anwesenden Besucherinnen und Besuchern für ihr Interesse und wünscht allen einen guten Heimweg.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin